

Auch den OB-Kandidaten/Innen in der Stadt Passau hat die Plattform im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen am 3. März fünf Fragen zu Temelin und erneuerbaren Energien gestellt.

Die Kandidaten sind:

OB Willi Schmöller, SPD
Albert Zankl, CSU
Max Lindinger, (Grüne)
Urban Mangold (ÖDP)
Klaus Renner, Republikaner
Barbara Kreuter (Studenten für Passau)

Der Kandidat der Grünen hat uns das Wahlprogramm seiner Partei geschickt. Es ist gekürzt am Ende angefügt.

1) Werden Sie die Möglichkeiten der alternativen Energien in der Stadt Passau gezielt fördern: Nennen Sie bitte konkrete Beispiele.

Schmöller

Aus meiner Sicht wird die Förderung von alternativen Energien in Passau seit Jahren praktiziert. So wurden z. B. die Programme „Sonnenstrom“ zur Förderung der Photovoltaik und „Solar-Sonnenklar“ zur Förderung der Solarthermie erfolgreich umgesetzt.

Zankl

Nein.

Die in den letzten 12 Jahren systematische, in den letzten drei Jahren übertriebene Aushöhlung der Passauer Finanzlage wird in den nächsten Jahren zusätzliche Förderungen nicht zulassen. Hier ist das Land und der Bund gefragt; die Kommune muß sich auf ihre Pflichtaufgaben zurückziehen, weil in den letzten Jahren mit unrentierlichen Dingen zuviel verpraßt wurde. Jeder andere OB-Kandidat, der hier mit „Ja“ antwortet, ist unrealistisch und kann bereits im Vorfeld als Wahllügner tituliert werden! Viel wichtiger ist auch u.a. z.B. Schulbuslinien zu erhalten, Schulen wieder besser auszustatten, Jugend und junge Familien zu unterstützen ectr.

Mangold:

Ich trete für eine modernen ökologischen Energiemix aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse ein. Konkret habe ich im Passauer Umweltausschuss gegen den Rückzug der Stadt Passau aus der Energiesparförderung und gegen die Streichung des Passauer Solartages gestimmt.

In der jetzt auslaufenden Amtsperiode des Stadtrates wurde auf meinen Antrag eine attraktive Einspeisevergütung für Solarstrom eingeführt (1,50 DM pro kWh + 3500,- DM pro Anlage). Zunächst waren fast alle anderen Parteien dagegen. Durch mühsame Überzeugungsarbeit konnte ich jedoch eine Mehrheit erreichen; allerdings ohne die CSU, die bis zuletzt jede Einspeisevergütung für Solarstrom bekämpfte.

Renner:

Die Kommune ist ein Vorreiter, wenn es darum geht, sinnvolle Neuerungen zum Durchbruch zu verhelfen. Künftig müssen alle Anschaffungen unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung erfolgen. Mein Hauptaugenmerk gilt dabei der Energieeinsparung.

Kreuter:

Endlich von der Nutzung der fossilen Brennstoffe wegzukommen, ist unumgänglich für unsere Umwelt. Es gibt ein Konzept zum Bau eines oder mehrerer Windräder in Kohlbruck.

2) Für Saldenburg und damit für den Bayerischen Wald ist ein atomares Endlager ernsthaft im Gespräch. Wie wollen Sie Saldenburg verhindern?

Zankl:

Mit massiven Protesten!

Schmöller:

In dieser Angelegenheit habe ich bereits 1996 ein Schreiben an die damalige Bundesumweltministerin verfasst. Frau Dr. Merkel bestätigte mit Schreiben vom 15.08.1996, dass derzeit nicht vorgesehen ist, weitere Standorte zur Entsorgung radioaktiver Abfälle, ausser dem Salzstock Gorleben, zu untersuchen.

Kreuter:

Der Bayerische Wald ist ein wertvolles Naturschutzgebiet. Nah- und Fernerholung und damit der Tourismus sind ein wichtiger Bestandteil der heimischen Wirtschaft. Unter einem Atomendlager würde diese Attraktivität stark leiden.

Renner:

Im Energiekonsens hat man sich auf Gorleben geeinigt. Ich sehe nicht ein, warum Saldenburg jetzt aus politischen Gründen ins Gespräch gebracht wird. Es ist klar, dass es nirgends eine 1000%ige Sicherheit bei der Endlagerung gibt.

Mangold:

Solange es keinen echten, kurzfristigen Atomausstieg gibt, muss jeder Endlager-Standort verhindert werden, weil ein Standort mit derentsprechenden Kapazität erst die Voraussetzung für die jahrzehntelange Fortsetzung des Atom-Abenteuers schafft. Davon abgesehen bezweifeln viele Wissenschaftler die Eignung aller bisher genannten Endlagerstandorte. Konkret kommt es jetzt darauf an, den Widerstand gegen ein Endlager Saldenburg dauerhaft zu mobilisieren. Denn es besteht die Gefahr, dass dieser Standort auch deshalb in die engere Wahl kommt, weil in Ostbayern geringeres Widerstandspotential vermutet wird.

3) Wie werden Sie Ihren Einfluss nützen, um sich Temelin entschlossen entgegenzustellen? Werden Sie den Bürgerwiderstand nachhaltig unterstützen?

Schmöller:

Ich habe meinen Einfluss bereits mit Schreiben vom 01.12.2000 an den bayerischen Staatsminister des Inneren, Herrn Beckstein, sowie mit Schreiben vom 22.11.2000 an den Bundesumweltminister Herrn Trittin geltend gemacht. Die zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten sehe ich hierfür begrenzt.

Zankl:

Einfluß kann nur entscheidend von Berlin nach Brüssel oder direkt nach Tschechien erfolgen (durch Schröder, Fischer und Trittin). Den Bürgerwiderstand werde ich selbstverständlich nachhaltig unterstützen.

Mangold:

Die ödp setzt sich seit vielen Jahren gegen Temelin ein. Ich werde den Bürgerwiderstand nachhaltig zu unterstützen. Im Jahr 2001 habe ich in 11 Städten, darunter Passau, das Bürgerbegehren "Temelin-Strom kommt mir nicht ins Haus" organisiert. Das Ziel, den E.ON-Konzern zur Kündigung seiner Geschäftsbeziehungen mit dem Temelin-Betreiber-CEZ zu zwingen, haben wir innerhalb weniger Monate erreicht. Die Bürgerbegehren haben aber auch eine nachhaltige Wirkung: Zur Zeit versucht die tschechische Regierung ihren Staatskonzern CEZ samt Temelin zu verkaufen, kann aber nicht den erhofften Preis erzielen. Auch das führe ich zumindest teilweise auf unsere Bürgerbegehren zurück: denn ein Konzern, der durch öffentlichen Druck seinen wichtigsten Abnehmer E.ON verloren hat, wird natürlich auch auf dem Markt niedriger bewertet. Wenn das so bleibt, haben wir gute Chancen, dass sich die tschechische Regierung früher oder später auf EU-Stilllegungs-zahlungen einläßt.

Renner:

Meine Meinung war von Anfang an deckungsgleich mit dem von der FPÖ in Österreich initiierten Volksbegehren. Ich würde mir von einem Beitrittskandidaten diese Gefährdungspotential nicht bieten lassen, und kann nur appellieren, die jetzige Situation zu bereinigen. Es ist für mich keine Frage, den gewaltfreien Bürgerwiderstand zu unterstützen.

Kreuter:

Leider ist in diesem Zusammenhang die direkte Einflussnahme von Kommunalpolitikern stark begrenzt. Als aktive Maßnahme muss eine objektive und zunächst wertungsfreie Informationspolitik der tschechischen Bevölkerung stattfinden. Es ist notwendig, den dortigen Widerstand zu fördern.

4) Wie ist Ihre Haltung zu den oberirdischen atomaren Zwischenlagern in Ohu?

Schmöller:

Zu den geplanten oberirdischen atomaren Zwischenlagern in Ohu sehe ich keine Möglichkeiten rechtlicher Art dagegen vorzugehen.

Renner:

So unsicher wie ein Zwischenlager kann z.B. Gorleben gar nicht sein. Deshalb ist die Schaffung dieses zusätzlichen Risikopotentials durch die Bundesregierung eine Kampfansage und nur als Schwachsinn zu bezeichnen.

Zankl:

Negativ.

Alles muß getan werden, um dies zu verhindern.

Kreuter:

Atomare Zwischenlager sind keine Lösung und zeigen die Hilflosigkeit der Atomstromerzeuger, die nicht wissen, wohin mit dem Atommüll. Mit Zwischenlagern möchte man Zeit schinden für ein Problem, für das es im Moment keine angemessene Lösung gibt.

Mangold:

Ich bin gegen die oberirdischen Zwischenlager, weil sie in erster Linie dem Fortbestand der Atomwirtschaft dienen. Außerdem sind die Zwischenlager noch schlechter gegen Unglücksfälle und Terroranschläge gesichert als die Atomreaktoren selbst. Ich habe deshalb im Stadtrat einen Resolutionsantrag eingebracht, mit dem sich die Stadt gegen den Betrieb der Zwischenlager in Ohu aussprechen sollte. CSU, SPD und FDP verweigerten jedoch die Behandlung des Antrages, weil sie keinen Bezug zur Stadt Passau erkennen wollten.

5) Unterstützen Sie angesichts der vielfältigen Probleme bei der Atomenergie-nutzung im Gegensatz zum Kanzlerkandidaten Stoiber, den Ausstieg aus der Atomenergie?

Zankl:

Keine Antwort!

In dieser Frage sind bereits Unterstellungen enthalten und die Frage beweist auch, daß es sich letztendlich um keine „überparteiliche“ Plattform handelt, da ansonsten die Frage neutral formuliert wäre.

Zu diesem Punkt fügt Herr Zankl selbst eine Frage an und beantwortet sie auch:

Wieso verweisen Sie in puncto Temelin nie auf die Bundesregierung?

Weil dies Ihrer grundlegenden politischen Ideologie widerspricht!

Ü b e r p a r t e i l i c h ist nicht nur der, welcher keiner Partei angehört, sondern nur der, welcher sich im Handeln, Denken und Tun parteineutral verhält.

Schmöller:

Bzgl. des Ausstiegs aus der Atomenergie bin ich einer Meinung mit der Vorgehensweise der Bundesregierung.

Mangold:

Die kategorische Ablehnung der Atomenergienutzung gehört schon seit 20 Jahren zu meinen Grundüberzeugungen. Seit dem 11. September sind nun jedoch sogar die Grundvoraussetzungen für die Atomkraftbefürworter völlig verändert: die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat erklärt, dass auch deutsche Reaktoren einem terroristisch herbeigeführtem Flugzeugabsturz nicht standhalten würden. Deshalb halte ich die Meinung von Kanzlerkandidat Stoiber zur Atomkraftnutzung für unverantwortbar gegenüber allem Leben auf unserem Planeten.

Kreuter:

Ungeachtet des nationalen Standards kann die Sicherheit in deutschen AKWs genauso wenig garantiert werden wie in tschechischen oder anderen europäischen Anlagen. Daher muss der Druck auf die Regierungen massiv verstärkt werden.

Die Unabhängigkeit vom Atomstrom muss möglichst bald gewährleistet sein.

Renner:

Die Nutzung der Kernkraft in der jetzigen Form ist sicher ein Auslaufmodell und aufgrund der nach wie vor bestehenden Risiken ein schwer verantwortbares Handeln den nachfolgenden Generationen gegenüber. Dies verpflichtet allerdings dazu, alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung und ökologischen Erzeugung von Energie zu nutzen.

Der Kandidat der Grünen hat uns das Wahlprogramm seiner Partei geschickt.

Es folgen Aussagen zu den Fragen in Auszügen:

(...) Auch dank unserer guten Kontakte zu den GRÜNEN in Berlin und Brüssel konnte erreicht werden, dass sich Bundesregierung und Europaparlament für die Stilllegung von Temelin einsetzen.

- Die Stilllegung von Temelin muss auf die Tagesordnung aller grenzüberschreitenden Aktivitäten des Oberbürgermeisters und des Stadtrates.
- Jede Aktion, die die Stilllegung zum Ziel hat, muss von der Stadt öffentlich unterstützt werden.
- Die Stadt muss der "Plattform gegen Temelin" beitreten.
- Zugleich ist ein Katastrophenschutz aufzubauen, z.B. durch das vorbeugende Verteilen von Jodtabletten an alle Schulen, Rathäuser, Ärzte und Apotheken.

Neue Energien für Passau!

(...) Nicht nur in Temelin sind Atomkraftwerke gefährlich. (...) Im nördlichen Landkreis wehren sich die Bürgerinnen und Bürger völlig zu recht gegen die mögliche Nutzung unserer Heimat im Saldenburger Granit als deutsches Atommüll-Endlager. (...) Die Kernkraft hilft nicht (...) gegen den drohenden Klimakollaps. (...) Nicht nur Temelin, auch das Atomkraftwerk in Ohu muss abgeschaltet werden. (...) Die Weichen für den Marktdurchbruch erneuerbarer Energien sind vom Bund gestellt. Jetzt gilt es, vor Ort (...) den Einstieg in die sauberen Energien der Zukunft zu ermöglichen. Diese Politik schafft viele Arbeitsplätze im Handwerk, schützt die Gesundheit und rechnet sich für die Bürgerinnen und Bürger. (...) Dabei sind vielfältige Maßnahmen möglich:

Erstellung eines Energiekonzepts. Die Verwaltung muss mit den Stadtwerken Projekte für Erneuerbare Energien (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie) ausarbeiten. (...) z.B.:

- Eigenstromerzeugungsanlagen (Wind, Photovoltaik, Kleinwasserkraftanlagen)
- Kombinierte Wärme-, Kälte- und Stromerzeugung mit Geothermie oder Biomasse (Feste Biomasse, Pflanzenöle oder Biogas) in öffentlichen Gebäuden
- Umrüstung der eigenen Fahrzeuge auf Treibstoffe mit Erneuerbaren Energien, z.B. Pflanzenöle, Wasserstoff u.a.
- Die Stadt muss sich verpflichten, den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ in den nächsten Jahren deutlich zu senken durch
- Verstärktes Energiesparen bei den städtischen Einrichtungen und Gebäuden durch den Einsatz von Spartechniken und erneuerbaren Energiequellen (Wärmedämmung, Heizanlagenoptimierung, passive Sonnenenergienutzung, Blockheizkraftwerke, ...)
- Förderung von privatwirtschaftlichen Initiativen, die sich Energiespartechniken und Dienstleistungen zum Ziel setzen (Biogasanlagen, Blockheizkraftwerke, Hackschnitzel- und Pelletsheizungen, ...)
- Unterstützung von Aktivitäten für vereinfachte Genehmigungsverfahren für Anlagen von Erneuerbaren Energien, wie z.B. Windkraft.